

GROSSER RAT

GR.14.48-1

VORSTOSS

Interpellation Kathrin Scholl-Debrunner, SP, Lenzburg (Sprecherin), Renate Gautschy, FDP, Gontenschwil, Richard Plüss, SVP, Lupfig, Hans-Ruedi Hottiger, parteilos, Zofingen, Eva Eliassen Vecko, Grüne, Turgi, Jeanine Glarner, FDP, Möriken-Wildegg, Adrian Meier, FDP, Reinach, Bruno Rudolf, SVP, Reinach, und Elisabeth Burgener, SP, Gipf-Oberfrick, vom 4. März 2014 betreffend Detailinformationen zum Projekt "Steuerung und Finanzierung der subventionierten Berufsfachschulen"

Text und Begründung:

In naher Zukunft wird die Anhörung zum Projekt "Steuerung und Finanzierung der subventionierten Berufsfachschulen" gestartet. Die im Vorfeld einberufenen Sitzungen mit den Anspruchsgruppen liessen zu viele Fragen, insbesondere zu Detailzahlen, offen. Da nicht davon ausgegangen werden kann, dass diese Unklarheiten im Anhörungsbericht ausgeführt werden, sie aber wichtig für eine Gesamtbeurteilung sind, bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung der untenstehenden Fragen:

1. Wie ist die Entwicklung der Bundesbeiträge für die berufliche Grundbildung im Kanton Aargau seit 2008 bis heute (pro Jahr)?
 - a) Insgesamt
 - b) Nach Kostenstellen (Berufsfachschulen, QV, üK, weitere
2. Wie ist die Entwicklung der Kantonsbeiträge an die berufliche Grundbildung seit 2008 bis heute?
 - a) Insgesamt
 - b) Nach Kostenstellen (Berufsfachschulen, QV, üK, weitere)
3. Wie ist die Entwicklung der Beiträge des Kantons Aargau an die Fachhochschulen seit 2008 bis heute?
4. Wurden für die Berufsbildung bestimmte Gelder statt für die Berufsfachschulen für die Fachhochschulen verwendet? Wenn ja, welche Beträge?
5. Wie ist die Entwicklung der Bundesbeiträge für die höhere Berufsbildung an den Kanton Aargau seit 2008 bis heute?
6. An welche Institutionen und in welcher Höhe wurden die Bundesbeiträge für die höhere Berufsbildung im Kanton Aargau seit 2008 bis heute ausgerichtet?
7. Welches sind die Gründe, weshalb der Kanton Aargau die höhere Berufsbildung nicht fördert und neue, berechnete Lehrgänge nicht unterstützt (Liste interkantonale Fachschulvereinigung)?
8. Wie haben sich die Personalschlüssel und die Personalkosten der Abteilung Berufsbildung und Mittelschulen innerhalb der letzten 12 Jahre entwickelt?
9. Wie hoch schätzt der Regierungsrat das Einsparungspotential bei den Berufsfachschulen?

10. Wie hoch schätzt der Regierungsrat das Einsparungspotential bei der Abteilung BM?
11. Wie hoch schätzt der Regierungsrat die Mehrkosten für das Controlling der Berufsfachschulen durch die Vorgaben des Finanz- und Rechnungswesens?
 - a) Mehraufwand seitens des Kantons
 - b) Mehraufwand seitens der Berufsfachschulen
12. Wie stark will der Regierungsrat die Steuerung der Berufsfachschulen ausbauen?
13. Kann das Risiko von Mehrkosten durch übergeordnete Instanzen (bisher sind es schlanke schnelle Entscheidungswege) ausgeschlossen werden?
14. Weshalb braucht es weitere Finanzsteuerungsinstrumente, nachdem Swiss GAAP Fer 21 durch die Berufsfachschulen umgesetzt wurde und Fachleute bestätigen, dass eine verstärkte Steuerung auch mit diesem System und viel günstiger möglich wäre?
15. Wieviel kostet das Projekt S + F inklusive extern zugezogene Experten?
 - a) Interne Kosten BKS
 - b) Externe Kosten Experten
 - c) Externe Kosten für Mehraufwand der Partner (Berufsfachschulen)
16. Wie soll bei der geplanten 100%-Finanzierung (Pauschalbeiträge von Bund und Kanton + evtl. fixe Wohnortsbeiträge) den unterschiedlichen Kostenstrukturen (Betrieb und Gebäude) Rechnung getragen werden – z. B. aufgrund Schwergewichtsbildungen, Gebäudekosten, Innovation und Entwicklung u.a.m.?
17. Bei einer vollständig kantonalen Finanzierungslösung müssten diese Kostendifferenzen mit größerem administrativem Aufwand erhoben werden. Wie hoch ist der geschätzte Mehraufwand?
18. Wie wird sichergestellt, dass die (Wohnorts)Gemeinden, als ein Hauptfinanzierer der BFS, ihr Mitspracherecht auch zu Finanzfragen gesichert haben?
19. Inwieweit ist das angedachte Finanzierungsmodell eine Voraussetzung für die Umsetzung des Projekt ALV (Aufgaben- und Lastenverteilung)?

Mitunterzeichnet von 45 Ratsmitgliedern